

Volks- und Anzeigebblatt

Er scheint
Dienstag, Donnerstag und Samstag.
Abonnementpreis:
Vierteljährlich bei der Expedition
90 Pfg., durch die Post bezogen
1 Mt. 15 Pfennig.

mit wöchentlichem Unterhaltungsblatt.

Einrückungsgebühr:
Die einspaltige Zeile oder deren Raum
innerhalb des Bezirks 6 S., außerhalb
des Bezirks 9 S. Anzeigen, die Mon-
tag, Mittwoch und Freitag bis Vorm.
10 Uhr eintreffen, finden Aufnahme.

Einundfünfzigster Jahrgang.

Nro. 71.

Winnenden, Donnerstag den 22. Juni

1899.

Winnenden.

Die Anlagen des Verschönerungsvereins, insbesondere die neuen Baumhäuser in der Bahnhofstraße, werden dem Schutze des Publikums empfohlen. Für die erfolgreiche Anzeige von Beschädigungen sind Prämien ausgesetzt. Solche Beschädigungen ziehen Strafe und Schadenersatz nach sich.

Die Schanke im Stadtpark darf nur von Schulkindern und nur bis zum Eintritt der Dunkelheit benützt werden; mehr als zwei auf einmal dürfen nicht schaukeln.

Den 19. Juni 1899.

Stadtschultheißenamt:
Hiemer.

Winnenden.

Das frühere Stadtmühlbassin ist nun zugefüllt; weitere Aufschüttung ist verboten.

Den 20. Juni 1899.

Stadtschultheißenamt:
Hiemer.

Brehenaker, Oberamts Waiblingen.

Wegen Entbehrlichkeit verkauft die Gemeinde am

Samstag den 24. Juni (Johannisfeiertag),
mittags 12 Uhr

eine außerhalb des Orts befindliche, mit Plattendach gebaute



Kelter

ohne Kelterbaum. Dieselbe befindet sich sehr gutem Zustand. Die Umfassungswände stehen in fein gehauenen Sandsteinen, worunter kleine Quader sich befinden, das betreffende Holz, worunter schönes eichenes, ist ganz gesund.

Kaufslustige sind freundlich eingeladen.

Gemeinderat:
Vorstand Strauss.

Deutscher Kriegerverein Winnenden.

Heute **Donnerstag den 22. d. M.**, abends 8 Uhr

Monats-Versammlung

bei Kam. H. Schwyer, Adler.

Tagesordnung: Sommerausflug; Laufendes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet
der Ausschuss.

Winnenden.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme während der Krankheit und beim Tode unserer lieben, treubeforgten Mutter, Schwieger- und Großmutter

Luise Sommer, geb. Mühlhause,

für die vielen schönen Blumen Spenden, die zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte, wie für die trostreichen Worte des Hrn. Geistlichen sagen ihren innigsten Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

Winnenden.

Zu den billigsten Konkurrenzpreisen nimmt auf

la Ruhr-Gas-Coaks,
la Ruhr-Destill.-Salon-Coaks,
la Ruhr-Nusskohlen,
la engl. Anthracitkohlen

Bestellungen jederzeit entgegen

G. Hahn, Kohlenhandlung.

Söfen, 21. Juni 1899.

Codes-Anzeige.



Verwandten und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe Schwester

Christine Prinz

heute früh 4 Uhr im 69. Lebensjahre nach längerer Krankheit sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten die trauernden Brüder:

Georg und Adam Prinz.

Beerbigung: Freitag Mittag 1 Uhr.

Bannang.

Günstige

Einkaufs-Gelegenheit.

Durch Uebernahme eines größeren Lagers in

bedruckten Baumwollwaren

kann ich folgende Artikel zu ausnahmsweise billigen Preisen in Verkauf bringen und zwar:

Einen großen Posten

bedruckte baumwoll. Waschstoffe

zu Blusen & Kleidern sich eignend,

den Meter zu 25, 35, 40 und 50 Pfennig, anstatt früher zu 40, 50, 60 und 70 Pfennig, garantiert waschecht und gute Qualitäten.

Eine Partie la. Blandruck

zu 35 Pf. statt 45 Pf. per Meter.

Eine Partie bedruckte Baumwollflanelle

zu 35 und 40 Pf. den Meter.

Eine Partie 80 cm breite Kleiderzeugen

statt 70 Pf. nur 50 Pf. den Meter.

Ferner werden sämtliche bis heute wieder angesammelten

Reste

in obigen Artikeln,

sowie Reste in wollenen und halb-
wollenen Kleiderstoffen

zu wirklichen Verlustpreisen abgegeben.

H. M. Winter.

W i n n e n d e n .
Bestellungen auf
**Coaks, Anthracitkohlen
und Holzbriketts**
bitte möglichst bald aufzugeben.
C. F. Binz.

B ü r g .
**Hochzeits-
Einladung.**
Freunde und Bekannte, bei
welchen wir unsere Aufwartung
nicht persönlich machen
konnten, erlauben wir uns hie-
mit zu unserer am **Sams-
tag den 24. Juni** im
Gasthaus zur **Krone** dahier
statfindenden
Hochzeits-Feier
freundlichst einzuladen.
Der Bräutigam:
Eugen Zink.
Die Braut:
Friederike Kummer.
Die Eltern:
**Joh. Schütze.
Jak. Zink.**
Obiger Einladung sich an-
schließend ladet ebenfalls zu
recht zahlreichem Besuche er-
gebenst ein
Schütze & Krone.

Schwaibheim.
Danksagung.
Demjenigen, der den schönen Ruf
meines Gocklers mit „Ihr seid nicht
brav, nicht brav“ bezeichnete und die
übrigen Artikel ganz der Wahrheit
gemäß verbreitete, sage ich hiemit meinen
Dank. Von seinen 2 Säuen will ich
durchaus gar nichts, sie können von
mir aus so viel werden wie ein Lachs-
soß.
Jakob Goll.
W i n n e n d e n .
Den Ertrag an
Heu- u. Oehmdgras
von seinem Baumgut in Höfen ver-
pachtet zu billigem Preise
G. Müller,
Leutenbacherstraße.
Auskunft wird auch erteilt von
Ottlieb Haag in Höfen.

Wilhelm Fischer
b. Thor **Winnenden** b. Thor
empfiehlt:
fertige ächtfarb. Arbeitshosen u. Juppen,
ächtblaue Ia ¹/₂lein. Normal-Arbeiteranzüge.
Solides Fabrikat. Billige Preise.

**Glüh-Luft gerösteter
Kaffee „Messmer“**
* FEINSTE MISCHUNGEN *
In 1 Pfd. & 1/2 Pfd. Packeten
Per Pfd. M. 1.20, 1.40, 1.60, 1.80, 2... Türkische Mischung M. 2.50
Niederlage bei Herrn **G. Gerhardt, Winnenden.**

W i n n e n d e n .
Wohnungsveränderung.
Mache hiemit die ergebene Anzeige, daß ich nunmehr in
meinem neuertauften Hause im unteren Saal, hinter Tuchmacher
Brönle, wohne. Achtungsvoll
Fr. Großenberger, Händler.
Kirschen
werden gekauft und zahlt die höchsten Preise.
Auch hat einen starken
Ruhwagen
zu verkaufen **der Obige.**

Stuttgart.
Neues Tagblatt
und
General-Anzeiger für Stuttgart
und Württemberg.
Abonnements: **M. 2.80.** Annoncen:
vierteljährlich **20 Pfg.** die
kleinspalt. Zeile
Verbreitetstes Blatt Württembergs
Wirksamstes Insertions-Organ
* Für alle Branchen. *
37,000
tägliche Auflage

Überzeugen Sie sich, dass meine
**Deutschland-
Fahrräder**
u. Zubehörteile
die besten und dabei
die allerbilligsten sind.
Wiederverkäufer gesucht.
Haupt-Katalog gratis & franco.
August Stukenbrok, Einbeck
Deutschlands größtes
Special-Fahrrad-Versand-Haus.

**Teinacher
Hirschquelle**
In Winnenden zu
haben bei **Gul. Bohl.**
Bad Teinach. (Württ. Schwarzwald.)

Vorläufige Anzeige.

Es trifft ein
auf dem Viehmarktplatz
**Friese's große
internation. Menagerie.**

Entzückende
Klavierstücke, u. A. „Erinnerung an Steier-
mark“ von W. Kramer, „Im Rosengarten“
von Feinr. Schner zc., ferner Stücke für
Geige und Klavier, reizende Lieder er-
scheinen auch im kommenden Quartal in
der 48 Seiten fassenden Musikbeilage der
allbeliebten
„Deutschen Frauenzeitung“, die allein von
allen deutschen Frauen-Zeitungen eine so
umfangreiche und schön ausgestattete Mu-
sikbeilage hat und an Fülle des Gebotenen
Erstaunliches leistet. Weitere Gratis-
beilagen sind: die monatlich 2mal er-
scheinende „Illustrierte Moden-Zeitung“
mit Schnittmusterbogen, die zu den
besten Mode-Zeitungen
Deutschlands gehört, „Ernst und Scherz
fürs Mädchenherz“ und „Jugendfreund“,
sowie vierteljährlich 1mal eine Poeste-
und eine Kochbuchbeilage. Alles in Allem
ein 3mal wöchentlich erscheinendes Haupt-
blatt und 7 Gratisbeilagen für den
außergewöhnlich niedrigen
Preis von 1,50 M. (1,75 frei ins Haus)
pro Vierteljahr.
Bestellungen nur bei den Post-
ämtern; bitte genau den Titel „Deutsche
Frauen-Zeitung“ Coepenick Berlin, an-
zugeben.

W i n n e n d e n .
Einige Wagen
Dung
hat zu verkaufen **Meßger Later.**
Ich bin befreit
von den lästigen Sommerprossen
durch den täglichen Gebrauch von
Bergmann's Lilienmilch-Seife.
Vorwärtig: Stück 50 Pfennig bei
Aug. Brandner, Seifenfabr.

Württembergischer Landtag.
Stuttgart, 17. Juni. (57. Sitzung.)
Präsident Bayer eröffnet sie 9 1/4 Uhr. Fortsetzung
der Beratung über die Schulgesetznovelle. — Art. 19
stellt die Bedingungen fest, unter welchen den Lehrerinnen
ständige Anstellung zu teil wird: Ehelosigkeit und
Ersthebung einer 2. Dienstprüfung. — **Rußbaumer** (3.)
begrüßt es, daß Lehrerinnen, die bei Intrastritten des
Gesetzes 30 Jahre alt und schon 6 Jahre in Ver-
wendung sind, von der 2. Dienstprüfung dispensiert
werden. Wird angenommen. — Art. 20 fixiert die
Bezüge der ständigen Lehrerinnen, welche sich in
kleineren Gemeinden von 1100—1500 M (nach 29
Dienstjahren) bewegen und in Gemeinden mit be-
sonderem Borrückungssystem von 1200—1800 M
(der Entwurf will 2000 M) — **Kultminister v. Sarwey**
erklärt, gegen den einstimmig gefaßten
Kommissionsantrag der nur bis 1800 M geht,
nicht ankämpfen zu können. — **Rembold** stellt den
Antrag auf Wiederherstellung des Regierungsent-
wurfs, welcher aber abgelehnt wird. Dafür stimmen
nur einige Zentrumsmitglieder, die Privilegierten,
Frhr. v. Mittnacht, Präsident v. Balg. — Art. 21
schreibt für die Lehrerinnen eine Sporel von 10 %
für Anstellung und Gehaltszuwachs vor, aber keine

Pensionsklassen-Beiträge. — Art. 22 überträgt ver-
schiedene Gesetzesbestimmungen betr. die Rechtsver-
hältnisse der Lehrer auf die Lehrerinnen. — Art. 23
trifft Bestimmungen für den Fall der Verehelichung der
Lehrerin; sie verliert alsdann in der Regel ihre Stelle.
— Art. 24 regelt die Gehälter bei den unständigen
Lehrerinnen, wie bei den Unterlehrern und Provisoren.
Bleibt eine Lehrerin unständig, so erhält sie Zulagen
von 50—500 M — Art. 25 bestimmt die Gratuali-
sierung der Lehrerinnen im Fall ihrer Dienstunfähigkeit.
— Art. 26 bestimmt die gleichen Sätze für den Ab-
teilungsunterricht für Lehrerinnen und Lehrer. — Die
Art. 27 und 28 betreffen die Handarbeitslehrerinnen.
Alle diese Artikel finden debatteloses Annahme. — Man
kommt nun an den 2. Teil der Schullehrervorlage:
Die Trennung der Mesnerei vom Schulamt. — **Ref.**
Stiegele hält dies für nicht unbedeutlich, weil dadurch
das Band zwischen Kirche und Schule gelockert werde.
Man sollte daher den Lehrern die Übernahme der
Mesnerei nicht verbieten. — **Frhr. v. Ow** unterstützt
diesen Antrag und meint, viele Lehrer seien froh
darüber, wenn ihnen die freiwillige Übernahme der
Mesnerei im Nebenamte gestattet werde. Etwas
Unehrensastes sei die Mesnerei nicht. — **Egger** (3)
spricht in gleichem Sinn. — **Kultminister v. Sarwey**
verlangt, daß in Art. 11 die Bestimmung aufrecht

erhalten bleibe, es sei dem Lehrer länztig grundsätzlich
nicht mehr gestattet, die Mesnerei auszuüben. (Bravo!)
Mit den modernen Anschauungen sei die Verbindung
dieser beiden Aemter nicht mehr vereinbar. — **Wapler**
setzt sich über die Aufhebung des Ministers. — **Ruß-
baumer** ist für die Trennung, weil der Schulamt-
trug Stiegele entgegen, weil **Delan Kollmann** einmal
geäußert: Wenn der Bauer spricht, so schweigt der
Lehrer. Der Lehrer müsse also geistlich geschäftet
werden. — Der Antrag Stiegele wird mit 49 gegen
17 Stimmen (Zentrum ohne **Rußbaumer**, ferner die
Frhrn. v. Ulm, v. Ow, v. Spth) abgelehnt. — Art.
12 trifft eine Übergangsbestimmung für Lehrer,
den übernommenen Dienst fortzuführen haben. — **Ref.**
13 spricht die Trennung des Mesnereivermögens von
dem der politischen Gemeinde aus. Schulhäuser
und Lehrerwohnungen, die im Oberland öfters von
kirchlichen Gemeinde gehören, sollen gepachtet werden können,
aber vor 3 Jahren nicht gekündigt werden können.
— Es liegen verschiedene Abänderungsanträge vor,
die aber heute nicht mehr erledigt werden. Um 1 1/2
Uhr wird die Sitzung abgebrochen. Nächste Sitzung
Dienstag nachm. 3 Uhr. Tagesordnung: **Ref.**
heutigen und Kultetat.
— 20. Juni. (58. Sitzung.) **Präsident**

Payer eröffnet dieselbe um 4 1/4 Uhr. Am Ministertisch: Kultminister v. Sarwey, Minister v. Bismarck, Ministerialräte Dr. Habermas und Scheurlen. Beurlaubt sind beifolgende Teilnehmer an den Verhandlungen im Reichstag: Fr. Hausmann, Klotz und Schrempf. Fortsetzung der Beratung der Volksschulnovelle. Man steht noch bei Art. 13, über dessen Fassung man in der Samstagsitzung nicht zum Ziel kommen konnte. — Die Kommission hat sich 1 Stunde vor Eröffnung der Sitzung mit den schon am Samstag eingebrachten Anträgen befaßt und sich in der Hauptsache auf den Antrag Hausmann-Balingen (B.P.) geeinigt, der vorschlägt: „Die der Kirchengemeinde gehörigen, höher als Wohnung zc. dienenden Gebäude werden der bürgerlichen Gemeinde gegen angemessene Entschädigung zu mietweiser Benützung, oder, falls diese Gebäude nicht zu Zwecken der Kirchengemeinde benötigt werden, zu Eigentum überlassen. Die Kündigung kann nur unter Einhaltung einer jährigen Frist erfolgen. Dieser neue Komm.-Antrag wird angenommen. — Art. 14 rechnet mit dem Umstand, daß der künftige kirchliche Pächter unter seinen Funktionen solche hat, die zugleich oder ausschließlich für die bürgerl. Gemeinde zu besorgen sind, wie das Läuten, Aufziehen der Kirchenglocken u. s. w. In solchen Fällen soll die bürgerl. Gemeinde einen entsprechenden Beitrag leisten. — Wird unverändert angenommen, ebenso Art. 15, der die Zuständigkeit und den Anhangengang für das oben erwähnte Ausschreibungs- und Abfindungsverfahren regelt. — Art. 16 bezeichnet noch einen anderen Weg des Ausschreibungsverfahrens als gangbar, den Weg freier Vereinbarung zwischen kirchlicher und bürgerlicher Gemeinde. — Domkap. Stiegele erklärt hiegegen, daß das, was hier auf dem Wege der freien Vereinigung erreicht werden sollte, eine Art von Säkularisation des kirchl. Eigentums zu Gunsten der politischen Gemeinde sei, die dem Rechte der Kirche widerspreche. Er beantragt daher, den Art. 16 zu streichen. — Eggmann (Zr.) spricht sich in gegenteiligem Sinn aus und behält den Art. 16 bestehen zu lassen. Art. 16 wird mit großer Mehrheit unverändert aufrecht erhalten. — In den Art. 17 hat die Kommission folgende neue Bestimmung aufgenommen: „Zur Besetzung des Organisten-, Kantoren-, Chordirektoren- u. Vorsängerdienstes bleiben die Volksschullehrer auch fernerhin, aber gegen eine von der betr. Oberkirchenbehörde im Einvernehmen mit der Oberschulbehörde festzusetzende Vergütung verpflichtet. Diese Bezüge sind aber nicht in den Gehalt der Schulstellen einzurechnen.“ — Domkap. Stiegele stellt den Antrag, in den Art. 17 folgenden Satz einzufügen: „Die Anstellung eines Lehrers zum Organisten- und die Entlassung aus demselben steht der Oberkirchenbehörde im Einvernehmen mit der Oberschulbehörde zu. In den Gemeinden des Landes würde man es nicht verstehen, wenn dieser bescheidene Anspruch der Kirche von dem h. Hause abgewiesen würde.“ — Prälat v. Sandberger spricht sich gegen diesen Antrag aus, weil derselbe unnötige Weiterungen herbeiführen würde. — Ruffbaumer (Z.) hält den Komm.-Antrag für durchaus begründet. Der Lehrer habe sehr viel Zeit auf seine musikalische Ausbildung zu verwenden. — Schmidt-Maulbronn (B.P.): Der Antrag Stiegele wolle der Kirche nicht mehr als billig, auch für die Lehrer, welche aus Gesundheits- und anderen Gründen den Organistenamt aufgeben wollen, ein Kündigungsrecht zu statuieren. Ferner verlangt Nebner, daß noch besonders ausgesprochen werde, der Lehrer sei künftig nicht mehr zur Ausübung der Kirchengemeinschaft verpflichtet. — Eggmann (Z.) fertigt den Antrag Stiegele für durchaus gerechtfertigt; denn es sei nicht mehr als billig, daß man der Kirche ein Recht bei der Ernennung des Organisten, der ausschließlich kirchliche Funktionen zu erfüllen hat, einräume. — Kultminister v. Sarwey: Der Staat habe ein wesentliches Interesse daran, daß die Musik in den Kirchen die Einzigen in der Gemeinde sind, welche die Kirchenmusik ausüben können, ihre Mitwirkung zu ermöglichen, so würden Gesang und Orgel bald stille stehen.“ Wenn der Reg. Entwurf keine besondere Vorsorge für die Belohnung des Organistenamtes getroffen habe, so ging man davon aus, daß die Gemeinden, wie schon vielfach geschehen ist, freiwillig eine Belohnung aussetzen.

Gegen die neue Anregung Schmidts sei zu sagen, daß die Ausübung der Kirchengemeinschaft keine kirchliche Funktion sei, sie komme dem Lehrer in seiner Eigenschaft als Erzieher und Mitglied einer bestimmten Kirche zu. (Sehr richtig!) — Prälat v. Sandberger findet es nicht erklärlich, warum der Abg. Schmidt die obligatorische Verpflichtung der Lehrer als Unförmigkeit bezeichnet habe. — Prälat Payer macht den Redner darauf aufmerksam, daß der Ausdruck „Unförmigkeit“ nicht gefallen sei; Herr Schmidt habe von einem „Unförmigkeit“ gesprochen. — Domkap. Stiegele: Wenn Herr Schmidt so besonders darauf bedacht sei, dem Wohle des Volkes zu dienen, so möge er nicht außer Acht lassen, daß auch tiefgehende kirchliche Bedürfnisse des Volkes bestehen, die nicht ignoriert werden sollten. (Beifall im Zentrum.) — Hausmann-Balingen (B.P.): Die rechtliche Stellung der Lehrer leide schon heute unter einer staatsrechtlichen Unklarheit. (Sehr richtig.) Wer hastet z. B. nach dem Bürgerl. Gesetzbuch für den Lehrer, wenn er das Zuchtungsrecht überschreitet? Man sollte also die Unklarheit nicht noch vermehren. Es sei unrichtig und unverständlich, in einem paritätischen Staat einen Zwang zur Annahme von Aemtern auszuüben, die keinen staatlichen, sondern einen kirchlichen Charakter an sich tragen. Gelinde gesagt, erscheine das als komisch. Da jedoch der Kommissions-Antrag immerhin als eine nennenswerte Verbesserung des Regierungsentwurfes und der bisherigen Uebung zu betrachten sei, so will ihm Redner zustimmen. Hinsichtlich der Anregung Schmidts sei zu sagen: Es vertragen sich nicht mit dem Ansehen eines öffentlichen Dieners, als Aufpasser zu fungieren. Die Verpflichtung hiezu rührt — man höre und staune — aus einer Verordnung von 1569 her. Damals hatten wir noch einen andern Staat. Seitdem ist das Staatskirchentum in Abgang gekommen und wir sind zum paritätischen Staat gekommen. Im Schulgesetz von 1836 ist die erwähnte Bestimmung nicht wiederholt. Zur Verminde rung der öfters vorkommenden Reibereien zwischen Pfarrern und Lehrern würde es jedenfalls beitragen, wenn die fragliche Verpflichtung der Lehrer aufgehoben würde. — Kultmin. v. Sarwey entgegnet, daß solange die gesetzliche Bestimmung von 1569 nicht aufgehoben sei, sie weiter zu wirken habe. Man behalte sich übrigens den Gegenstand zu weiteren Erwägungen vor. — Kiene (Zr.) erklärt namens des Zentrums, daß daselbe dem vorliegenden Gesetzesentwurf als Ganzes zustimmen wird und zwar mit Rücksicht darauf, daß er in erster Linie die Besserstellung der Lehrer bezweckt. — Rembold (Z.) ruft dem Abg. Schmidt zu, er möchte die Trennung von Schule und Kirche nicht zu weit treiben, weil sonst erreicht würde, daß der Lehrer auch vom Volke isoliert werden und an seiner Beliebigkeit einbüßen könnte. — Bei der Abstimmung wird der Antrag Stiegele mit 51 gegen 24 Stimmen (Zentrum, ferner Schumacher (B.P.), die Prälaten v. Ege, v. Wittich, v. Berg, Freiherrn v. U'm und v. Späth) abgelehnt und somit der Kommissionsantrag genehmigt. — Art. 29 bestimmt, daß das gegenwärtige Gesetz am 1. Oktober 1899 in Kraft tritt. (Die Bestimmungen der Artikel 1—8 und 24: Besserstellung der Lehrer und Lehrerinnen). — Der Artikel wird debattelos angenommen. Die Schlussabstimmung über das ganze Gesetz wird bis morgen zurückgestellt. Beratung des Gesetzesentwurfes betr. die Rechtsverhältnisse der Lehrerinnen an höheren Mädchenschulen und Frauenarbeitschulen. — Berichterst. Prälat Sandberger: Der vorliegende Gesetzesentwurf nehme ganz und gar eine Uebertragung der Bestimmungen des Abschnitts III im vorigen Gesetze vor. Das Wort wird bei der Generaldebatte nicht verlangt, auch bei der Spezialberatung keine Aenderung an dem Entwurf vorgenommen. — Hausmann-Balingen (B.P.) verlangt nur die möglichst baldige Einführung einer zweiten Dienstprüfung, ferner, daß auch den Gemeinden die Normierung eines Minimallohnes angeschlossen werde. — Kultminister v. Sarwey erwidert, daß mit der in Bearbeitung stehenden Neuorganisation des höheren Mädchenschulwesens auch die Gehaltsfragen geregelt werden sollen. Das Inkrafttreten des Gesetzes wird auf 1. Oktober 1899 festgesetzt. Die Schlussabstimmung über diesen Gesetzesentwurf wird ebenfalls bis morgen vertagt. — Schluß der Sitzung 7 1/4 Uhr. Nächste Sitzung morgen 9 Uhr. Tagesordnung: Kultetat.

trag v. Levezow (konf.) die nachgesuchte Vollmacht für den Bundesrat nur zu erteilen auf ein weiteres Jahr, also bis zum 30. Juli 1900, ferner beantragen die Abg. v. Levezow und Genossen zwei Resolutionen: 1. betr. Beschleunigung der Aufstellung eines neuen Generaltarifes und auf Vorschreibung zweckentsprechender Ursprungszeugnisse; 2. soll die Regierung ersucht werden, noch in dieser Session einen Gesetzesentwurf vorzulegen, wonach gegenüber Staaten, die von deutschen Waren Wertzölle erheben, sobald nicht Vertragsbestimmungen entgegenstehen, gleichfalls Wertzölle erhoben werden sollen. Ferner sollen zollpflichtige Waren, welche aus Staaten kommen, die die deutsche Ware differenzieren, mit einem Zollbetrage bis zu 300 Prozent des Zolles bezw. bis zu 50% des Wertes belegt werden können. Weiter beantragen die Abgeordneten von Wangenheim und Hahn einen Zusatz zu der Vorlage, welcher dahingehet, daß die Meistbegünstigung gegen England und seine Kolonien nur so lange angewendet werde, als dort die Meistbegünstigungsverhältnisse eine Verschiebung zu Ungunsten Deutschlands nicht erfahren. — Abg. Lieber (Z.) stimmt im Namen seiner Partei dem Antrage Levezow ad 1 zu. Bei Besprechung der Resolution Wangenheim bezeichnet Redner dieselbe als eine „Vachpfeife gegen England.“ Es müsse alles vermieden werden, was den Eindruck erwecken könnte, als wolle Deutschland gegen das britische Reich einen ganz besonderen Vorstoß machen. — Abg. Hahn (B. v. L.) bittet um Annahme der Resolution v. Levezow und des Antrages Wangenheim. — Abg. Graf Kanitz (konf.) erklärt, er werde noch in den nächsten Tagen einen Antrag einbringen, der ganz allgemein eine Abänderung des deutschen Zollsystems zu Gunsten der Weltzölle vorschlagen werde. — Abg. von Levezow (konf.) zieht infolge dieser Ankündigung vorläufig die beiden Resolutionen zurück. — Staatssekretär Posadowsky tritt zunächst den Ausführungen des Abg. Hahn bezüglich der Ursprungszeugnisse entgegen. Alsdann bittet er, den Zusatz Wangenheim abzulehnen. — Abg. Heyl zu Herrnsheim (natl.) kündigt die Einbringung eines Antrages gemeinsam mit dem Abg. Paasche für die dritte Lesung an und spricht sich noch für die Ursprungszeugnisse aus. Nach weiteren Bemerkungen zieht Abg. Köhde (B. v. L.) den Antrag Wangenheim zurück bis zur dritten Lesung. — Geheimrat Hermes stellt auf Grund der Statistik in Abrede, daß kanadische Waren auf Umwegen zu Meistbegünstigungsländern ins Land kämen. Nach weiterer kurzer Debatte wird die Vorlage mit dem Antrage v. Levezow, die Vollmacht nur auf ein Jahr auszusprechen, angenommen. In dritter Lesung werden debattelos genehmigt die Vereinbarungen mit Uruguay und Brasilien sowie das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete. Es folgen Wahlprüfungen. Die Wahlen der Abg. v. Löbel, Bödel und Müller-Rudolstadt werden beanstanden, die der Abg. Camp, von Massow, von Richtigosen für gültig erklärt. Sodann folgen Petitionen. Nächste Sitzung Montag: Handelsprovisorium mit England, Zuchtbaustatute, Abstimmung über den Antrag Prinz Charolath, betr. Goethedenkmal in Straßburg.

Landesnachrichten.

* **Winnenden.** Wie aus dem Inseratenteil ersichtlich, wird dieser Tage die Menagerie Frieße hier eintreffen. Nach vorliegenden Zeitungsberichten aus größeren Städten hat man in Frieße's Unternehmen keine schwindelhaften Wundte vor Augen, sondern nur eine Ausstellung von Pracht-Tieren. Ein Besuch würde sich auch für die Landbevölkerung, insbesondere für Schüler lohnen.

Stuttgart, 19. Juni. Die Ortsgruppe Stuttgart des deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbands hat an die Komm. d. Abg. eine Eingabe gerichtet über die Besteuerung der großkapitalistischen Detailgeschäfte, Warenhäuser, Filialgeschäfte, Konsumvereine u. s. w. Die Eingabe befragt die Einführung einer scharfen und wirksamen, stufenweis steigenden Umsatzsteuer, um dadurch dem mittleren und kleineren Kaufmannstande den Kampf ums Dasein zu erleichtern. Es soll außerdem den Gemeinden ermöglicht werden, auch ihrerseits diese Unternehmungen mit einer solchen Steuer zu belegen.

Stuttgart, 17. Juni. (Eisenbahnen und Bodensee-Dampfschiffahrt.) Vom 20. Juni L. 3. an gelangen an den Fahrkartenschaltern des Hauptbahnhofes in Stuttgart die in der Schweiz zur Einführung gekommenen 15 und 30 Tage gültigen Generalabonnementskarten erster, zweiter und dritter Klasse zur Befahrung schweizerischer Eisenbahn- und Dampf-

Deutscher Reichstag.

Berlin, 17. Juni. Tagesordnung: Zweite Lesung des Gesetzesentwurfes betr. die Handelsbeziehungen zum britischen Reiche. Es liegt hierzu vor ein An-

schiffreden gleichfalls zur Ausgabe. Nähere Auskunft über die Preise dieser Generalabonnementskarten und über die Bedingungen für die Ausgabe erteilt die vorgenannte Dienststelle. Bemerkenswert wird, daß die württ. Landeskarten (Zeitkarten für die ganze Bahn) nunmehr auch in Zürich Hauptbahnhof ausgegeben werden.

— (Bevölkerungsstatistik.) Ueber das vorläufige Hauptergebnis der Bevölkerungsbewegung in Württemberg im Jahre 1898 findet sich in den Mitteilungen des Statist. Landesamtes eine Zusammenfassung. Sowohl die Eheschließungen als die Geburten zeigen erhebliche Zunahmen, die Sterbefälle dagegen einen sehr niederen Stand und eine Abnahme gegen das Vorjahr. Im einzelnen ist darüber zu sagen (die Zahlen des Vorjahres sind in Klammern beigelegt): Eheschließungen fanden statt im Neckarkreis 5988 (5727), Schwarzwaldkreis 3849 (3828), Jagstkreis 2845 (2752), Donaukreis 3626 (3668), insgesamt 16 308 (15 975), gegenüber dem 10jährigen Durchschnitt + 1843. Geburten (inkl. Totgeborene) im Neckarkreis 24 965 (24 308), Schwarzwaldkreis 18 995 (18 690), Jagstkreis 13 531 (13 345), Donaukreis 18 105 (17 457), insgesamt 75 596 (73 800) gegenüber dem 10jähr. Durchschnitt + 3414. Gestorben (inkl. Totgeborene) im Neckarkreis 15 593 (15 550), im Schwarzwaldkreis 12 201 (12 554), im Jagstkreis 8978 (8969), im Donaukreis 12 081 (12 584), insgesamt 48 853 (49 657), gegenüber dem 10jährigen Durchschnitt — 3267. Totgeborene wurden insgesamt 2416 (2299) gezählt; der Ueberschuß der Geborenen über die Gestorbenen betrug im ganzen Lande 26 743 (24 143). Auf die im „Städteatlas“ vereinigten 12 größten Städte des Landes entfallen 3591 (3392) Eheschließungen, 13 068 (12 778) Geburten, 8335 (8102) Gestorbene (hier ist also eine Zunahme der Sterbefälle zu verzeichnen), 411 (442) Totgeborene.

— (Viegegeschäftsumsätze in Württemberg.) In den 12 württ. Städten mit über 10 000 Einwohnern ist im Jahre 1898 in Verläufen und Tauschen von Viegegeschäftslichem Vermögen (einschließlich der im Wege der Zwangsversteigerung vorgenommenen Verkäufe) die kolossale Summe von 107 260 191 M (1897: 88 188 765 M) umgesetzt worden. Nicht inbegriffen sind dabei die sog. Rindskäufe, Zwangsenteignungen und gerichtliche zessionierten Schenkungen. Die 12 Städte sind: Stuttgart, Ulm, Heilbronn, Göttingen, Cannstatt, Reutlingen Ludwigsburg, Gmünd, Göttingen Tübingen, Ravensburg und Tuttlingen. Was das Verhältnis der einzelnen Städte anbelangt, so entfallen von dem Plus im Betrage von 19 071 426 M, das 1898 gegenüber 1897 in der Summe der Kaufpreise bei sämtlichen 12 Gemeinden zu verzeichnen war, allein 11 292 078 M auf Stuttgart, dann folgen Heilbronn (5 848 993 M), Ulm (2 190 272 M), Ludwigsburg (1 063 279 M), Göttingen (762 550 M), Reutlingen (573 287 M), Gmünd (365 653 M), und Tübingen (327 807 M); in den übrigen Städten trat 1898 gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang ein. Vergleicht man die Zahl der Umsätze und den Betrag der 1897 umgesetzten Werte vom ganzen Lande und von den 12 Städten miteinander, so entfallen auf die 12 Städte: 5,1% aller Umsätze, dagegen 45,2% des gesamten Umsatzwertes.

Stuttgart. Heute früh 1½ Uhr wurde im Feuerbacher Tunnel ein Soldat der Ulmer Garnison aufgefunden, welchem neben anderen Verletzungen der rechte Fuß vollständig abgefahren war. In Feuerbach wurde dem Verunglückten ein Notverband angelegt. Der Verletzte wollte wahrscheinlich zuvor mit dem Bahnzug von Feuerbach hieserfahren und dürfte vom Trittbrett des betreffenden Waggons heruntergefallen sein. Der Verunglückte ist seinen Verletzungen erlegen.

Heilbronn, 18. Juni. Das Wetterglück war dem diesjährigen Vergesse der schwäbischen Volkspartei gegen Erwarten hold. In der Stadt Heilbronn zeigte sich verschiedentlich auch Flaggenschmuck. Das Mittagmahl wurde in dem geräumigen Saale der Harmonie eingenommen. Hier begrüßte Landtagsabg. Weg die Versammlung, anknüpfend an eine historische Erinnerung; die „Maienzeit“ in Franken, bei denen es so stürmisch zugeht, weil kein Adept das Regiment führte, wie Friedrich Payer im württ. Landtag. Payer führte darauf u. A. aus: Wer von uns hätte nicht immer gerne in Heilbronn gewohnt, der Stadt, die im Auslande bekannt ist, weil sie den originellsten Bürgermeister hat, die wir aber wegen ihrer freibeitlichen Vergangenheit und wegen ihres aufstrebenden Handels-

und Industrieleibes hochschätzen. Nicht wegen der parlamentarischen Arbeit in Reich und Land allein ist die Volkspartei mit Sorgen beladen, ihre Sorge währt das ganze Jahr. Wer die Kammerverhandlungen des württ. Landtags mit Aufmerksamkeit verfolgt, der muß zugestehen, daß durch sie ein demokratischer Zug geht. Nicht nur wir, sondern auch die andern Parteien sind gehalten, sich mit der demokrat. Idee abzufinden. Auch die Regierung kann sich davon nicht ausschließen und Thatsache ist, daß sie, nur etwa die Verpachtung der Staatswäldungen ausgenommen, ernstlichen Widerspruch unseren hauptsächlichsten Forderungen nicht entgegenstellt. Die württ. Bevölkerung weiß, daß sie liberaler regiert wird als irgendwo, ungleich liberaler auch als im Reich, wo die „Zuchttausbordung“ gereicht ist. Und so können wir mit Ruhe das Wort aussprechen, daß der demokratische Gedanke nie erlöschen wird. Wenn wir an das Vaterland denken, so müssen wir uns sagen, daß dasselbe uns wertvoller geworden ist durch die Arbeit, die wir ihm geleistet haben, und wir können auch von uns selbst sagen: Wir sind heute doch etwas anderes, als vor 30 Jahren. Die Volkspartei überlebt uns alle und sie wird es noch weiter bringen, als sie es schon gebracht hat. (Sturm. Beifall.) Das Hoch des Redners galt dem freien deutschen Vaterland, zu dessen Bekräftigung die Versammlung ein nach bekannter Melodie gedichtetes Fahnenlied „Schwarzrotgold die stolzen Farben“ anstimmte. Hierauf überreichte Weingärtner F. Hofmann dem Präsidenten ein Bouquet aus Feldblumen mit einigen Worten. Reichstagsabg. Hofmann überbrachte Grüße aus Berlin. Um 3 Uhr zog man in der Sonnenglut auf den Wartberg, Männlein und Weiblein. Oberreallehrer Seybold stellte einen launigen Vergleich an zwischen den versch. Bergen der Umgegend, unter denen der Asperg und der Rabenbühl den Demokraten am wenigsten behagen können. Konrad Haukmann hielt die Hauptrede, mit etwa folgendem Gedankengang: Wenige Monden noch und das Jahrhundert geht zur Neige. Betrachten wir das geistige und materielle Ringen in diesem Zeitraum, so können wir kurz sagen: zu Anfang des 19. Jahrhunderts waren die Deutschen Unterthanen, am Ende desselben haben sie angefangen, Bürger zu sein. Und das geschah, weil der mittelalterliche Satz verlassen wurde: Der Glaube geht vor dem Wissen. Auf nationalem Gebiet ist erreicht worden, daß wir nun ein Volk sind. Eine ungeheuerliche Kraft verbindet sich in dieser Thatsache und ihre Wohlthat ist so groß, daß wir darüber nicht rechten wollen, ob uns auch die Form so nützlich erscheint. Wir freuen uns darüber aufs herzlichste und wir sind dessen gewiß, daß die Einheit nicht mehr verschwinden wird, solange es ein deutsches Volk gibt. (Rauschender Beifall.) Dann erinnerte Redner daran, daß wir heuer den 150. Geburtstag Goethes feiern. Dem Worte „Mehr Zuchttausbordung“ möchte er den letzten Wunsch des Dichters entgegenlegen: „Mehr Licht!“ Später ging Haukmann mit der akademischen Jugend von heutzutage ins Gericht. Zu Anfang des Jahrh. sei sie die Trägerin des Freiheitsgedankens gewesen. Heute aber sei sie blästrig und materieller gesinnt, wie nur je einmal. Darum brauchen sich die sog. Gebildeten auch nicht zu wundern, wenn die Führerschaft im Volk an die Bürger übergehe. Schließlich kam Redner noch auf die kurz vor der Erntescheuer umgeworfenen Reformen zu sprechen, stellte deren baldige Aufrechterhaltung in Aussicht und projizierte für die Verfassungsrevision: Sie werde in dem nächsten Jahre so sicher kommen, als die Revision des Dreysfus-Prozesses eintreten mußte. (Lebhafter Beifall.) Es sprach dann noch J. O. Galler über die von der Volkspartei versuchte Forderung, daß die Hebung der Volksschule an die Spitze aller freibeitlichen Bestrebungen zu stellen ist. Parteisekretär Ostertag übte eine scharfe Kritik an den von der Reichsregierung eingebrachten Gesetzesvorlagen und tadelte den hohen Preis, der für die spanischen Zwerginseln bezahlt werden soll. — Vor Abgang derzüge fanden sich die Festteilnehmer im Gasthof zum Falken zur gegenseitigen Verabschiedung ein.

Heilbronn, 18. Juni. Einen sehr erfreulichen Anblick bieten derzeit unsere Weinberge. Die Geshene haben sich ungewöhnlich üppig entwickelt und sind besonders in den höheren Lagen und beim weißen Gewächs reich mit Traubchen behangen. Da und dort sieht man die letzteren schon blühen und nach ein paar warmen Tagen dürfte dies in allen Lagen der Fall sein.

Heilbronn, 19. Juni. Vom vierten Stock eines Hauses in der Bergstraße stürzte in der Nacht vom Freitag auf Samstag ein junger Mann, Lehrling in demselben Hause, auf die Straße herab und trug außer einem Armbruch so

schwere innere Verletzungen davon, daß er gestern im Spital verstarb. Der Unglückliche scheint im Schlaf durch das Fenster gestiegen zu sein; er war nur mit dem Hemd bekleidet.

Hall, 18. Juni. Heute Morgen kurz nach 12 Uhr brannte die an der Straße Sulzdorf-Wellberg gelegene Dampfslagmühle vollständig ab. Das Wohnhaus wurde gerettet. Es liegt unzweifelhaft Brandstiftung vor.

Gaildorf, 18. Juni. Letzte Nacht gleich nach 1 Uhr ist das Wohnhaus des Bauern Georg Schwenger in Hausen a. N. abgebrannt. Der Beschädigte ist versichert.

Kirchheim u. Teck, 17. Juni. Rasch schreiten die Arbeiten des Lenningerthal-Eisenbahnbaues ihrer Vollendung entgegen. Ganz zweifellos kann die Eisenbahn Ende September oder Anfangs Oktober d. J. dem Betrieb übergeben werden. Dann ist für das sehr gewerbsame Lenningerthal gesorgt. Auch das Reiblingerthal hat in letzter Zeit wieder seinen alten und begründeten Wunsch nach einer Eisenbahn an maßgebender Stelle geltend gemacht. Den betr. Vertretern der Petition sollen bei diesem Anlaß sehr schätzbare Zusicherungen gegeben worden sein.

— Der 14. Kriegerbundstag in Gmünd erfreute sich sehr zahlreicher Beteiligung. Die Stadt hatte festlich besaggt. Der Empfang der ankommenden Gäste war ein feierlicher. Samstag Abend war Festbankett. Sonntag vormittag begannen die geschäftlichen Verhandlungen. Nach dem Berichte der Vollmächtkommission hatten sich eingefunden 11 738 Vereinsmitglieder mit 314 Fahnen. Da eine größere Zahl von Vereinen ohne Anmeldung eintraf, waren die wirklichen Zahlen noch höher. Die Gesamtzahl der Bundesmitglieder beträgt zurzeit 82 000. Das Vereinsvermögen beträgt 357 000 M. Der Antrag, zur Tilgung der auf dem Kyffhäuserdenkmal noch lastenden Schulden von 450 000 M jährlich einen Beitrag von 2 J für jedes aktive Bundesmitglied beizusteuern, wurde angenommen. Die dadurch bedingte Auslage von 1400 M soll aufgebracht werden durch eine Erweiterung der Lotterie des Bundes. Zur Gründung einer Bundessterbekasse soll geschritten werden, sobald sich 20 000 Mitglieder für den Beitritt zu einer solchen ausgesprochen haben. Der nächste Kriegerbundstag wird abgehalten 1901 und zwar zu Heilbronn. Nachmittags gegen 3 Uhr bewegte sich der Festzug durch die Straßen, an dem sich über 11 700 Bundesmitglieder mit 314 Fahnen beteiligten. Der Vorbeimarsch am Prinzen dauerte ¼ Stunden. Nach der Ankunft des Festzuges auf dem Festplatz war gemüthliches Beisammensein, wobei mehrere Musikkapellen spielten.

Eschhausen, O.A. Nagold, 19. Juni. Gestern und heute zogen heftige Gewitter über unsere Gegend. Am Sonntag Abends 6 Uhr schlug der Blitz in ein Haus in Warth; doch zündete derselbe glücklicherweise nicht, beschädigte dagegen das Haus erheblich. Heute Vorm. schlug der Blitz in Zwerenbergl bei Bauer Baier ein; das entzündete Haus ist abgebrannt.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 19. Juni. (Landesproduktenbörse.) Im Wochenverlauf hat an den amerikanischen Märkten eine weitere Preissteigerung für Weizen stattgefunden und demgemäß stellte auch Argentinien höhere Forderungen. Die Ernteberichte von Russland lauten teilweise etwas günstiger, von Amerika unverändert, wogegen Rumänien infolge Dürre ganz schlechte Berichte sendet. Im ganzen bleibt die Situation im Getreidegeschäft unter diesen Eindrücken recht fest und wurden auf heutiger Börse etwas höhere Preise bewilligt. Auch die Inlandsmärkte zeigen durchweg kleinen Aufschlag.

Wir notieren per 100 Kilogramm, frachtfrei Stuttgart, je nach Qualität und Lieferzeit: Weizen, württ. 17,25—17,75 M, Ulm 18,50—18,75 M, Kaplata 17,75—18,50 M, Amerikaner 18,50—18,75 M, Mart, 18,25, Oberländer 18,50—18,75 M, Unterländer 18,25 M, Dinkel 11—12,25 M, Roggen württ. 16 M, russ. 17—17,25 M, Hafer, württ. 15,75 bis 16,25 M, Mais, Mixt 11,25—11,50 M, Kaplata 11,50—11,75 M.

Mehlpreise pro 100 Kilogr. inkl. Sad: Mehl Nr. 0: 29—29,50 M, Nr. 1: 27—27,50 M, Nr. 2: 25,50—26 M, Nr. 3: 24—24,50 M, Nr. 4: 22—22,50 M, Suppengries 29—29,50 M, Kleie 8,80 M.